

PRESSEMELDUNG

23. April 2016

Klausurtagung: MIT für Bürokratieabbau bei Unternehmen

MIT fordert Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) hat sich für die Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge ausgesprochen. „Die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge belastet viele kleine und mittlere Unternehmen. Neben Liquiditätsverlusten führen sie zu einem deutlich erhöhten Bürokratieaufwand durch die Doppelbelastung bei der Lohnabrechnung“, sagte der MIT-Bundesvorsitzende Carsten Linnemann auf der Klausurtagung des MIT-Bundesvorstands in Bamberg. Die MIT hält grundsätzlich an ihrer jahrelangen Forderung fest, die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge gem. § 23 Abs. 1 Sätze 2 und 3 SGB IV aufzuheben.

In einem ersten Schritt soll noch in dieser Wahlperiode die bürokratische Doppelbelastung bei der Lohnabrechnung abgeschafft werden. Die MIT fordert die Einführung eines Optionsmodells, bei dem Arbeitgeber die Möglichkeit bekommen, die Sozialabgaben nur einmal im Monat zu ermitteln. Als Grundlage kann z. B. ein Durchschnittswert oder der Vormonatswert gelten. „Das ist ein erster Schritt, um die Bürokratielast der Unternehmen in Deutschland zu vermindern“, sagte Carsten Linnemann.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung von CDU und CSU (MIT) ist mit ca. 30.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT vertritt die Interessen der Mittelständler und setzt sich für mehr Unternehmergeist in der Politik ein.

Kontakt

Hubertus Struck
Referent Kommunikation
MIT-Bundesgeschäftsstelle
Schadowstr. 3
10117 Berlin

T: 030 220798-17
F: 030 220798-19

struck@mit-bund.de
www.mit-bund.de